

Miteinander. Für Deutschland.

Gülistan Yüksel



Der Newsletter der SPD-Bundestagsabgeordneten aus Mönchengladbach

20. April 2016

Sehr geehrte Leserinnen und Leser,
liebe Freundinnen und Freunde der Sozialdemokratie,

freiwillige Helferinnen und Helfer übernehmen täglich Verantwortung für die Gesellschaft. Allzu oft wird ihr ehrenamtlicher Einsatz als das angesehen, wofür sie es ihrem eigenen Anspruch nach selbst halten: für eine Selbstverständlichkeit. Umso wichtiger ist es, dass wir uns die Außergewöhnlichkeit und den Vorbildcharakter bürgerlichen Engagements immer wieder bewusst machen und dafür danke sagen.

Unsere SPD-Mitglieder engagieren sich vor Ort politisch, leben Demokratie und tragen zu einer gerechten und solidarischen Gesellschaft bei. Für eine gerechtere Gesellschaft und bessere Arbeitsverhältnisse hat sich in der vergangenen Woche auch die SPD-Bundestagsfraktion im Koalitionsausschuss eingesetzt. Neben der Einigung auf die Eckpunkte eines Integrationsgesetzes ist für uns Sozialdemokraten besonders wichtig, dass die Koalition nun ein Gesetzgebungsverfahren zu Leiharbeit und Werkverträgen einleiten wird. Damit wird der Missbrauch dieser Beschäftigungsverhältnisse beendet und Lohndumping vorgebeugt.

Wir freuen uns über diese Erfolge und wissen doch, dass noch viel Raum für Engagement bleibt – Engagement für ein gleichberechtigtes und solidarisches Miteinander. Ich wünsche Euch allen viel Kraft dabei und danke Euch ganz herzlich.

Herzlichst, Eure
Gülistan Yüksel

Inhalt

Eckwerte Haushalt	S. 1
Bundesverkehrswegeplan	S. 2
Kein Missbrauch bei der Leiharbeit	S. 3
Gegen Korruption im Gesundheitswesen	S. 4
SPD Bürgerpreis	S. 5
Parlamentarischer Abend	S. 7
Impressionen	S. 8

Mehr Infos unter
www.guelistan-yueksel.de

und auf Facebook
[Gülistan Yüksel –
Miteinander. Für Deutschland.](#)

Impressum
V.i.S.d.P.: Gülistan Yüksel, MdB | Platz der Republik 1 | 11011 Berlin |
guelistan.yueksel@bundestag.de
© 2016 | Gülistan Yüksel MdB
Redaktion und Layout: Edip Uzun | Redakti-
onelle Mitarbeit: Judith Aßmann, Tobias Pas-
zek, Daniel Kister

Sollten Sie diesen Newsletter nicht mehr erhalten wollen, möchten wir Sie bitten, uns Ihre Newsletter-Abmeldung per E-Mail mitzuteilen. Anschließend wird Ihre E-Mail-Adresse aus dem Verteiler gelöscht.

Eckwerte Haushalt: Einstieg ins Solidarprojekt für sozialen Zusammenhalt

Bei den Verhandlungen zu den Eckwerten des Bundeshaushalts hat die SPD den Einstieg in ein Solidarprojekt durchgesetzt, von dem alle profitieren: Familien, Kinder, Arbeitssuchende, Flüchtlinge, Rentnerinnen und Rentner sowie Menschen mit Behinderung. Wir als SPD lassen nicht zu, dass sich unsere Gesellschaft auseinanderdividiert. Mit den Investitionen wird auch dafür gesorgt, dass unser Land zusammenhält und gemeinsam für eine gute Zukunft anpackt.

So werden zusätzlich 2,2 Mrd. Euro für **aktive Arbeitsmarktpolitik** bereitgestellt. Damit werden neben Qualifizierungs- und Ausbildungsangeboten auch Arbeitsgelegenheiten geschaffen, wovon sowohl Flüchtlinge als auch Langzeitarbeitslose aus Deutschland profitieren.

Um die Folgen des Wohnungsmangels in Städten gerade für sozial Schwächere abzumildern, hat die SPD dafür gesorgt, dass der **Wohnungs- und Städtebau** mit 800 Mio. unterstützt wird.

Weitere 450 Mio. Euro 2017 und 500 Mio. Euro ab 2018 werden für den **Kita-Ausbau, Sprach-Kitas und Initiativen gegen Rechtsextremismus** aufgewendet. Für den Kita-Ausbau stellt der Bund damit mehr

als eine Milliarde Euro pro Jahr zur Verfügung.

Um eine gute Integration der nach Deutschland geflüchteten Menschen zu gewährleisten, bedarf es zusätzlicher Sprachförderung, Integrationskurse und weitere **Integrationsmaßnahmen**. Eine Milliarde Euro werden im Haushalt dafür veranschlagt.

Langjährig Beschäftigten eine Mindestrente oberhalb der Sozialhilfe zu garantieren, ist ein weiteres Anliegen der SPD. Mit 180 Mio. Euro für die **Solidarrente** ab 2017 wird dieses Ziel erreicht. Dabei werden die Ausgaben hierfür in den kommenden Jahren jährlich anwachsen.

Die SPD hat zudem dafür gesorgt, dass für das neue **Bundesteilhabegesetz** die notwendigen Mittel im Rahmen der Haushaltsaufstellung bereitgestellt werden. Mit dem Bundesteilhabegesetz werden Menschen mit Behinderung bei einem selbstständigen Leben jenseits des bisherigen „Fürsorgesystems“ unterstützt.

[Hier](#) findet Ihr weitere Infos dazu.

„Bundesverkehrswegeplan nicht hinnehmbar“ – Gute Argumente und Brief an Verkehrsminister

Die Veröffentlichung des Arbeitsentwurfes des neuen Bundesverkehrswegeplans 2030 (BVWP) war für Mönchengladbach mit einer unangenehmen Überraschung verbunden: Wichtige Verkehrsprojekte für Mönchengladbach, wie die Autobahnausbauten A 52 und A 61 sowie das wichtige Schienenprojekt zwischen Venlo und Mönchengladbach werden lediglich in den Kategorien „weiterer Bedarf“ bzw. „potentieller Bedarf“ eingestuft. Damit ist die Zukunft dieser Projekte unbestimmt. Denn: Nur Projekte, die im BVWP als „vordringlicher Bedarf“ eingestuft sind, haben eine sehr hohe Wahrscheinlichkeit der baldigen Realisierung.

Insbesondere die Rückstufung des Ausbaus auf der A52 ist für unsere Stadt in dieser Form nicht hinnehmbar. Gemeinsam mit meinem CDU-Bundestagskollegen, Dr. Günter Krings, habe ich mich deshalb an Bundesverkehrsminister Alexander Dobrindt gewandt. In unserem Brief argumentieren wir für eine Hochstufung der Verkehrsprojekte und bitten um Stellungnahme des Ministers.

Die genannten Projekte, für die sich auch der Rat der Stadt Mönchengladbach mit

breiter Mehrheit einsetzt, sind für eine belastbare und leistungsstarke Verkehrsinfrastruktur in Mönchengladbach und die gesamte Region Niederrhein unverzichtbar. Sie sind unerlässlich, um dem städtebaulichen Wachstum zukünftig mit leistungsfähigen überregionalen Verkehrsnetzen begegnen und auch den Wirtschaftsbetrieben in Mönchengladbach zukunftsfähige Bedingungen bieten zu können.



Der BVWP ist eines der wichtigsten verkehrspolitischen Projekte dieser Wahlperiode. Mit ihm werden für die kommenden 15 Jahre die entscheidenden Weichen für die bundesweite Verkehrsinfrastruktur gestellt. Mit dem aktuell vorliegenden ersten Arbeitsentwurf ist die finale Entscheidung noch nicht getroffen. Ich werde mich auch im kommenden parlamentarischen Verfahren dafür einsetzen, dass die Bewertungen der Maßnahmen überarbeitet werden.

Missbrauch von Leiharbeit & Werkverträgen beenden! Gesetzentwurf geht in Ressortabstimmung

Im Koalitionsausschuss haben sich die Spitzen von CDU, CSU und SPD vergangene auf viele wichtige Punkte einigen können. Einen wesentlichen Fortschritt für die Sozialdemokratie gibt es beim Thema Leiharbeit und Werkverträgen. Der von Arbeits- und Sozialministerin Andrea Nahles vorgelegte Gesetzentwurf zur Bekämpfung des Missbrauchs bei Werkverträgen sowie Leih- und Zeitarbeit geht unverändert in die Ressortabstimmung sowie Länder- und Verbändeanhörung.



Zu oft werden Menschen, die dieselbe Arbeit ausführen, unterschiedlich entlohnt. Arbeitskräfte, die über Leiharbeitsfirmen beschäftigt werden, erhalten teils deutlich weniger Geld als ihre Kolleginnen und Kollegen, die beim Unternehmen fest angestellt sind. Damit werden sie zur kostengünstigen Konkurrenz die faire Entlohnung untergräbt.

Alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die hart arbeiten, müssen fair bezahlt

werden. Dafür setzen wir uns als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten entschlossen ein: Gleicher Lohn für gleiche oder gleichwertige Arbeit! Indem wir prekäre Beschäftigung zurückdrängen, wollen wir zugleich Stammarbeitsplätze und Tarifverträge schützen.

Damit ist die Einigung des Koalitionsausschusses ein bedeutender Schritt, um Lohndumping entgegenzutreten. Das Gesetzgebungsverfahren zu Leiharbeit und Werkverträgen kann beginnen!

Zu den Eckpunkten der Verhandlungsergebnisse des Koalitionsausschusses am vergangenen Mittwoch gehören außerdem die Vorbereitung eines Integrationsgesetzes und die Stärkung der Terrorismusbekämpfung.

Korruption im Gesundheitswesen wird eindeutig strafbar!

Im Bundestag haben wir diese Woche das Gesetz zur Bekämpfung von Korruption im Gesundheitswesen verabschiedet. Das Gesetz bringt nun klare Regeln: Wenn ein Arzt nicht das für den Patienten angemessene Medikament verschreibt, sondern das Arzneimittel, für das er von einer Pharmafirma Bestechungsgelder erhalten hat, macht er sich zukünftig strafbar. Auch ein Apotheker, der einem Arzt Geld dafür zuwendet, dass dieser ihm seine Patienten schickt, macht sich nach dem neuen Gesetz strafbar.

Durch die Bekämpfung der Korruption sollen Patienten wieder mehr Vertrauen in das Gesundheitswesen bekommen. Sie



müssen sich darauf verlassen können, dass sie die für sie beste Gesundheitsversorgung erhalten und nicht die, die für den Arzt am profitabelsten ist.

Mehr Infos zu dem neuen Gesetz findet Ihr [hier](#).

BUNDESTAGSBESCHLUSS (Drs. 18/6446)

Korruption im Gesundheitswesen wird eindeutig strafbar

...denn Patienten müssen sich darauf verlassen können, dass sie die beste Gesundheitsversorgung erhalten – und nicht die, die für den jeweiligen Arzt am profitabelsten ist.

>> www.spdfraktion.de/korruption-gesundheitswesen-strafbar



Bürgerpreis für „Helden unserer Zeit“

Am 7. April 2016 verliehen die Mönchengladbacher Sozialdemokraten zum fünften Mal den Bürgerpreis. In diesem Jahr wurden besonders engagierte Bürgerinnen, Bürger und Initiativen, die sich ehrenamtlich in besonderem Maße für geflüchtete Menschen einsetzen, geehrt.

Anwesend war auch Christina Kampmann, Ministerin für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport des Landes Nordrhein-Westfalen. Sie berichtete in ihrer Rede von ihren Aufenthalten in Afghanistan, Pakistan und im Libanon sowie den Erfahrungen, die sie dort gemacht hat. Die Menschen dort leben unter schwierigsten Bedingungen, verlieren jedoch nie die Hoffnung auf ein besseres Leben, geprägt

von Demokratie, Freiheit und Toleranz. Oftmals sei die lebensgefährliche Flucht der einzige Weg für sie. Dabei sei es unser aller Aufgabe, den Einstieg in unsere Gesellschaft so unkompliziert und direkt wie möglich zu gestalten.

Diesen Willen zu Helfen erkennt die Ministerin in den „Helden unserer Zeit“, die sich für ein schnelles und gemeinsames Miteinander einsetzen.

Einer dieser Helden ist Tony Trapp, Leiter des Bürgerzentrums Römerbrunnen, der für seine dortige Arbeit geehrt wurde. Gemeinsam mit anderen Engagierten kümmert er sich in der Begegnungsstätte u.a. um die Belange der Asylbewerber wie



© 2016 H. Wendler

Sprachkurse, Hausaufgabenbetreuung und Planung gemeinsamer Feste.

Gudrun Gruhn wurde für ihr doppeltes Engagement ausgezeichnet: Einerseits rief die Vorsitzende des Schwimmvereins SSV Rheydt eine Initiative ins Leben, bei der ein Übungsleiter des SSV jedes Wochenende gemeinsam mit Asylbewerbern schwimmen geht bzw. ihnen das Schwimmen beibringt. Andererseits wird Gudrun für ihren Einsatz innerhalb der Giesenkirchener Flüchtlingshilfe geehrt, die das gesellschaftliche Zusammenleben mit ihren Ideen und Aktionen bereichern.

Ebenfalls ausgezeichnet wurde die Facebook-Gruppe „Mönchengladbacher helfen“ rund um ihren Gründer Andreas Vels. Sie belegen eindrucksvoll, dass die Vernetzung von Menschen über die sozialen Medien ganz unerwartete Dimension annehmen kann. Aus anfangs 15 Mitgliedern sind mittlerweile über 3.800 engagierte Bürgerinnen und Bürger geworden, die mit ihren Spenden und den entsprechenden Sammelstellen in kürzester Zeit dort helfen können, wo es am notwendigsten ist.

Zwar gibt es kein Patentrezept oder eine einfache Lösung für die komplexe Aufgabe, jedoch setzen sich die Preisträgerinnen und Preisträger mit positiver Kraft

und gutem Willen tagtäglich ein, um unzähligen Menschen eine würdevolle Teilhabe an unserer Gesellschaft zu ermöglichen. Sie wissen nämlich, dass sich Integration ganz praktisch und ganz individuell vor Ort abspielt.

Wir bedanken uns im Namen der SPD Mönchengladbach für ihren unermüdlichen Einsatz!



Sozialwirtschaft und Bundesteilhabegesetz Brüsseler Kreis informiert beim Parlamentarischen Abend in Berlin

Zwischen Menschen und Märkten – in diesem Spannungsfeld befindet sich die Sozialwirtschaft, also jene sozialen Dienstleistungen, deren Ziel die Förderung individueller und gesellschaftlicher Wohlfahrt ist. Angesichts der diese Branche betreffenden bevorstehenden Gesetzesänderungen hatte der Brüsseler Kreis in Berlin zu einem Parlamentarischen Abend eingeladen. Sehr gerne habe ich dafür die Schirmherrschaft übernommen.



Nach der Begrüßung von Prof. Dr. Hanns-Stephan Haas, Sprecher des Brüsseler Kreises, gab es einen informativen Input zum Thema Sozialwirtschaft und Bundesteilhabegesetz von Pfarrer Christian Dopheide von der Evangelischen Stiftung Hephata aus Mönchengladbach. Als Schirmherrin der Veranstaltung konnte auch ich einige Worte an die Gäste richten.



Die Erarbeitung des Bundesteilhabegesetzes erfolgt nach dem im Koalitionsvertrag niedergeschriebenen Grundsatz „Nichts über uns – ohne uns“. Es liegt nun insbesondere an der CSU-Fraktion, ihre Blockadehaltung gegen das Bundesteilhabegesetz aufzugeben und endlich den Weg für mehr Selbstbestimmung, Teilhabe und Inklusion behinderter Menschen im Sinne der UN-Behindertenrechtskonvention frei zu machen, so wie wir es im Koalitionsvertrag festgeschrieben haben.



Bei der Mitgliederversammlung der IG-Metall Mönchengladbach



Unterbezirkskonferenz der Jusos Mönchengladbach



Mit dem Kleingärtnerverband Mönchengladbach



Besuchergruppe aus Hockstein